

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ralf Göbel, Wolfgang Bosbach, Hartmut Koschyk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/816 –**

Ausschreibung des BOS-Digitalfunks im Jahr 2003 einleiten

A. Problem

Der Antrag hebt hervor, dass die von den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) verwendeten analogen Funksysteme den taktischen, technischen und datenschutzrechtlichen Anforderungen nicht mehr gewachsen seien. Die analogen Funksysteme würden keine Sprach- und Datenübertragung im gleichen Netz erlauben, keinen Schutz vor unberechtigtem Mit-hören bieten und nicht mit dem neuen Funksystem der Bundeswehr kompatibel sein. In Katastrophenfällen seien sie häufig überlastet und der Notwendigkeit nicht gewachsen, eine Vielzahl von Einsatzkräften zu führen. Vor diesem Hintergrund werde der Weiterbetrieb der analogen Funksysteme zu einem Sicherheitsrisiko. Hinzu komme, dass in den kommenden Jahren steigende Kosten und Engpässe bei Ersatzteil- und Ersatzbeschaffung zu erwarten seien. Aufgrund sinkender Nachfrage bei Privatkunden würden die Hersteller analoger Funktechnik beabsichtigen, ihre Produktion zu reduzieren und dann ganz einzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 15/816 abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2003

Der Innenausschuss

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
Vorsitzende

Hans-Peter Kemper
Berichterstatter

Ralf Göbel
Berichterstatter

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstatterin

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Hans-Peter Kemper, Ralf Göbel, Silke Stokar von Neuforn und Ernst Burgbacher

I. Zum Verfahren

1. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 15/816 wurde in der 43. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Mai 2003 an den Innenausschuss federführend sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 19. Sitzung am 4. Juni 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat in seiner 22. Sitzung am 4. Juni 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 15. Sitzung am 21. Mai 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat in seiner 13. Sitzung am 4. Juni 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 20. Sitzung am 21. Mai 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

3. Beratung im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 25. Juni 2003 abschließend beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

II. Begründung

Die Fraktion der CDU/CSU hat ihren Antrag auf Drucksache 15/816 umfassend begründet. Eine zügige Einführung des Digitalfunks sei bislang nicht gelungen, weil zwischen Bund und Ländern noch keine Einigung über die Finanzierung habe erzielt werden können. Die Bundesregierung behandle die Angelegenheit nicht mit dem nötigen Nachdruck und Engagement. Der Antrag enthalte deshalb die Aufforderung an die Bundesregierung, die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen, zusammen mit den Ländern das Vergabeverfahren und die notwendige Ausschreibung einzuleiten und einen realistischen Zeitplan vorzulegen.

Die Fraktion der FDP stimmt dem Antrag zu. Die Einführung eines Digitalfunksystems sei schnellstens anzugehen. Dazu sei ein Zeitplan zu erstellen und die nötigen Haushaltsmittel müssten eingestellt werden. Die europaweite Einführung eines einheitlichen Digitalfunksystems sei inzwischen nicht mehr möglich, zumindest sollte aber bundesweit ein einheitliches System eingeführt werden.

Die Koalitionsfraktionen lehnen den Antrag ab, halten aber die Einführung des Digitalfunks ebenfalls für dringend erforderlich. Bevor eine Ausschreibung erfolge, müssten sich Bund und Länder, aber auch die Länder untereinander über die technischen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen einigen. Nicht einmal zwischen den unionsgeführten Bundesländern sei eine solche Einigung bislang erzielt worden. Außerdem könne der Bund keinen überproportionalen Anteil der entstehenden Kosten übernehmen und damit letztlich die sicherheitsbehördliche Aufgabenerfüllung der Länder mitfinanzieren. Die finanziellen Forderungen der Bundesländer gegenüber dem Bund seien überzogen und würden nicht auf eine baldige Einigung hoffen lassen. Angestrebt werde von Seiten des Bundes, dass sich die Finanzierungsanteile aller Beteiligten ungefähr an dem orientieren, was von ihnen gegenwärtig in den Betrieb und in die Wartung des Analogfunks aufgewendet werde. Die Behebung der Meinungsverschiedenheiten sei Voraussetzung für die Etreife des Projekts. Derzeit befinde man sich hierüber mitten in einem laufenden Diskussionsprozess zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den Ländern untereinander, dessen Ziel es bleibe, eine vollständige Integration der Teilnehmer bei dem digitalen Netzaufbau zu erreichen.

Berlin, den 25. Juni 2003

Hans-Peter Kemper
Berichtersteller

Ralf Göbel
Berichtersteller

Silke Stokar von Neuforn
Berichterstellerin

Ernst Burgbacher
Berichtersteller

